



## Aktuelle Informationen und Neuigkeiten für Rechtsanwälte im Fachbereich Familienrecht

**Ich möchte Sie heute nur auf 2 Sachverhalte aufmerksam machen. Allerdings können diese Hinweise für die Personen, auf die diese Hinweise zutreffen, viel Geld „wert“ sein.**

### 1. Anpassung wegen Tod der ausgleichsberechtigten Person

**Beispiel:** Mandant (Pensionär) erhält seit 4 Jahren seine Pension um den Versorgungsausgleich gekürzt (zz. 800 € mtl.) Vor 1 Jahr ist seine frühere Ehefrau verstorben. Diese hat bis zu ihrem Tod für ca. **20** Monate ihre Altersvollrente erhalten. Aufgrund dessen, dass sie wieder verheiratet war und einen Witwer hinterlassen hat, wurde dem Antrag des Mandanten nach § 4 VAHRG nicht entsprochen mit der Begründung, dass der Witwer eine laufende Witwerrente (erhöht um den Versorgungsausgleich) erhält. Der Mandant musste „hinnehmen“, dass er dem „Scheidungsgrund“ einen Teil seiner Witwerrente finanziert.

Ich habe diesem Mandanten für die Zukunft ab dem 1.10.2009 bereits heute „eine freudige Nachricht“ mitteilen können.

Ich habe ihm mitgeteilt, dass ich am 1.9.2009 einen Antrag nach §§ 37 und 38 VersAusglG stellen werde. Diesem Antrag ist zu entsprechen, da die verstorbene frühere Ehefrau bis zu ihrem Tod noch keine 36 Monate Rente erhalten hat und – das ist neu – die Hinterbliebenenrente kein Hinderungsgrund für die Anpassung (mehr) ist. Das bedeutet, dass der Versorgungsausgleich nach diesen Vorschriften angepasst wird und mein Mandant seine Beamtenversorgung ab dem 1.10.2009 (§ 38 Abs. 2 in Verbindung mit § 34 Abs. 3 VersAusglG) wieder in voller Höhe erhält.

### Diesen Sachverhalt kann man variieren:

**Beispiel:** Mandant (Pensionär) erhält seit 4 Jahren seine Pension um den Versorgungsausgleich gekürzt (zz. 800 € mtl.) Vor 1 Jahr ist seine frühere Ehefrau verstorben. Diese hat bis zu ihrem Tod für ca. **28** Monate ihre Erwerbsminderungsrente erhalten. Die frühere Ehefrau war nicht wieder verheiratet. Dem Antrag des Mandanten nach § 4 VAHRG wurde nicht entsprochen mit der Begründung, dass die Berechtigte den Grenzbetrag des § 4 Abs.2 VAHRG überschritten hat.

Ich habe diesem Mandanten für die Zukunft ab dem 1.10.2009 bereits heute „eine freudige Nachricht“ mitteilen können.

Ich habe ihm mitgeteilt, dass ich am 1.9.2009 einen Antrag nach §§ 37 und 38 VersAusglG stellen werde. Diesem Antrag ist zu entsprechen, da die verstorbene frühere Ehefrau bis zu ihrem Tod noch keine 36 Monate Rente erhalten hat. Das bedeutet, dass der Versorgungsausgleich nach diesen Vorschriften angepasst wird und mein Mandant seine Beamtenversorgung ab dem 1.10.2009 (§ 38 Abs. 2 in

Verbindung mit § 34 Abs. 3 VersAusglG) wieder in voller Höhe erhält. Für die Vergangenheit bleibt die Pension um den Versorgungsausgleichsbetrag gekürzt.

**2. Antrag auf Abänderung gemäß § 51 Abs. 3 VersAusglG – die Abänderung erfolgt nach neuem Recht – bei sämtlichen Versorgungsausgleichsentscheidungen, bei denen die Barwert-VO angewandt wurde (hauptsächlich bei nicht volldynamischen berufsständischen Versorgungungen und bei den Betriebsrenten des ÖFFENTLICHEN DIENSTES (VBL, KZVK, KOMMUNALE ZUSATZVERSORGUNGSKASSEN), ÖFFENTLICH-RECHTLICHE BETRIEBLICHE VERSORGUNGS-TRÄGER) - man kann nicht oft genug auf diesen „tollen“ Paragraphen hinweisen -**

Nach § 51 Abs. 3 VersAusglG können Sie – **mit ziemlicher Sicherheit** – erreichen, dass der in der Zeit vom 1.7.1977 – 31.8.2009 durchgeführte Versorgungsausgleich abgeändert wird und NACH NEUEM RECHT und in einem höheren Maße durchgeführt wird, da die nicht volldynamische Versorgungsanwartschaft, die nur mit dem dynamisierten (abgezinsten) Betrag in die Saldierung einbezogen wurde, mit dem **NENNBETRAG** in den Versorgungsausgleich einzubeziehen ist. **Dies hat teilweise eine „ungeahnte“ Erhöhung – oder Verminderung – des Versorgungsausgleiches zur Folge.** Ich werde meine Akten, die ich noch aufbewahrt habe, nach solchen Sachverhalten durchsehen und – wenn die ehemalige Mandantin/der ehemalige Mandant einverstanden ist – einen Antrag nach § 51 Abs. 3 Vers AusglG ab dem 1.9.2009 stellen.

Wenn dieses „Geschenk“ des Gesetzgebers bekannt ist/wird/würde hätten die Familiengerichte durch die Anträge nach § 51 Abs. 3 VersAusglG eine riesige Antragsflut zu bewältigen – neben dem neuen und m.E. schwierigeren Recht – und neben den Aufgaben gemäß § 50 Abs. 1 Ziffer 2 VersAusglG und gemäß §§ 33 und 34 Abs. 1 VersAusglG.

**Hinweis, um bei anhängigen Verfahren ein „Aussetzen“ des Verfahrens zu erreichen, um so „ins neue Recht“ zu kommen:**

Legen Sie Rechtsmittel gegen eine Versorgungsauskunft ein (z.B. Widerspruch und Klage gegen eine Auskunft aus der gesetzlichen Rentenversicherung). Dann muss das Gericht gemäß § 221 Abs. 2 FamFG das Verfahren aussetzen und Sie kommen gemäß § 48 Abs. 2 Ziffer 2 VersAusglG ins neue Recht, was für Ihre Mandantin (in der Regel ist sie die Begünstigte) von großem Vorteil sein KANN.

Wenn Sie noch mehr solcher „Hinweise“ erfahren möchten, so sollten Sie sich mit einigen Kolleginnen und Kollegen zusammenfinden. Ich komme gerne zu Ihnen für eine ca. 4-stündige Veranstaltung, bei der Sie fragen können, was Sie möchten.

Viele Grüße aus Meckenheim sendet Ihnen *Wilfried Hauptmann*